

Resolution

zur Aufrechterhaltung des Schienenpersonennahverkehrs

1. Die Erschließung des ländlichen Raumes durch den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) muss im bestehenden Umfang gesichert bleiben. Die Reduzierung der Mittel für den SPNV wird abgelehnt, da dies die regionale Mobilität am unteren Niederrhein und in Westfalen deutlich verschlechtern würde.
2. Insbesondere Tausende von Berufspendlerinnen und –pendler sind darauf angewiesen, täglich per Zug nach Wesel, Düsseldorf oder ins Ruhrgebiet zu fahren. Eine Streichung der Strecken Emmerich – Wesel und/oder Bocholt – Wesel würde es für viele Berufstätige unmöglich machen, weiterhin zu pendeln. Dies bedeutete nicht nur individuelle Härten, sondern auch negative wirtschaftliche Konsequenzen für die betroffenen Kommunen. Eine Streichung wird daher aufs Schärfste abgelehnt.
3. Eine Verlagerung des Personennahverkehrs von der Schiene auf die Straße hätte darüber hinaus ökonomisch und ökologisch nachteilige Folgen für den ländlichen Bereich und den Ballungsraum. Genannt seien hier u.a. eine stärkere Belastung der Straßen und ein erhöhter Primärenergieverbrauch.
4. Der geplante Ausbau der Strecke Oberhausen/Emmerich (Betuwe-Line) mit einem dritten Gleis kann nicht zurückgestellt und/oder modifiziert werden. Dieser Ausbau ist notwendig, da ansonsten die zu erwartenden Verkehre nicht abgewickelt werden können. Die Stadt Wesel fordert, dass die Vereinbarung zwischen DB AG und Land und Bund endlich umgesetzt wird. Mit dem für den Schutz der betroffenen Bevölkerung unverzichtbaren Bau von Lärmschutzanlagen muss nun endlich begonnen werden, die finanziellen Voraussetzungen hierfür sind zu schaffen.
5. Die Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region, die zuständigen Ministerien, die Fraktionen des Landtages und des Bundestages sowie der Nahverkehrszweckverband Niederrhein werden aufgefordert, sich für diese Ziele einzusetzen.